

# WG lehnt Radfahrerschutzstreifen ab

Wählergemeinschaft sieht Probleme durch geplante Maßnahme an Hannoverscher Straße

**NIENBURG.** Die Wählergemeinschaft Nienburg (WG) lehnt die Einrichtung eines Radfahrerschutzstreifens an der Südseite der Hannoverschen Straße ab. Dazu heißt es in einer Pressemitteilung: „Die mögliche Einrichtung eines Radfahrerschutzstreifens auf der Hannoverschen Straße stadtauswärts in Richtung Langendamm war Teil eines Ratsantrages, der vom Stadtrat in der Sitzung vom 23. März zur Beratung in den Ausschuss für Stadtentwicklung verwiesen wurde. Unerwartet wurde er jetzt von der Verwaltung auf die Tagesordnung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung gesetzt. Sollen hier vielleicht vor einer grundsätzlichen politischen Debatte auf dem ‚kurzen Weg‘ Fakten geschaffen werden?“

Die Wählergemeinschaft lehnt einen Radfahrerschutzstreifen an der Hannoverschen Straße grundsätzlich im Sinne der Anliegerinnen und Anlieger und der vielen Verkehrsteilnehmenden ab. Die vorgesehene Straße ist sowohl für die Benutzenden, aber auch für die vielen Anliegerinnen und Anlieger und auch aus ökologischen Gründen mehr

als ungeeignet. Die Planungen zur Beseitigung sämtlicher Fahrbahnmarkierungen und damit auch der Linksabbiegespuren zugunsten eines Radfahrerschutzstreifens verursachen diverse Verschlechterungen sowohl für die Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs als auch im Besonderen für die Umwelt.

Die Hannoversche Straße ist vor vielen Jahren umgebaut worden, um den Geradeausverkehr durch die Anlage von Linksabbiegespuren am Fließen zu halten. Durch die vielen Geschäfte mit großem Pkw-Verkehr, aber auch für die durch Speditionen und Busdepots erzeugten großen Abbiegeverkehre von Lkws und Bussen sind diese Linksabbiegespuren entstanden und für den Fluss des motorisierten Verkehrs eminent wichtig. Sollten sie entfernt werden, wird durch jeden Linksabbiegenden bei Gegenverkehr der Geradeausverkehr permanent angehalten. Dies führt zu deutlich mehr Emissionen sowohl durch Lärm und Bremsstaub, aber vor allem auch durch den erhöhten Spritverbrauch durch das ständige Bremsen und



**Halten die Hannoversche Straße im Hinblick auf einen Radfahrerschutzstreifen für nicht geeignet: Klemens Becker, Sabine Hartung, Rüdiger Tegtmeier, Erich Rautenberg, Friedhelm Gilster und Frank Podehl (von links).**

FOTO: BECKER

Wiederanfahen. Bei hoher Verkehrsbelastung – und das ist bei den vorhandenen 9500 Fahrzeugen pro Tag nicht selten – kann es praktisch zu Stop-and-Go kommen. Dies stellt eine erhebliche Mehrbelastung für die Anliegerinnen und Anlieger der Hannoverschen Straße und auch für die Umwelt ganz allgemein dar“, schreibt die WG in ihrer Pressemitteilung.

Die WG hat sich nach eigenen Angaben mit Anliegerinnen und Anliegern ausgetauscht und dabei deren deutliche Ablehnung des geplanten

Radfahrerschutzstreifens erfahren. „Die beste Lösung wäre die Freigabe des nördlichen Radweges auf ganzer Länge für beide Fahrrichtungen, so wie es Jahrzehnte gewesen ist und sich bewährt hat“, sagt Erich Rautenberg als Anlieger, und sein Nachbar Friedhelm Gilster wird noch deutlicher: „Die Abschaffung der bewährten Linksabbiegespuren würde eindeutig die Unfallgefahr erhöhen.“

Die Problematik der Gefährdung für die stadtauswärtsfahrenden Radfahrenden an den Straßeneinmündungen werde

dabei ausdrücklich als das kleinere Übel gesehen. Durch defensives Verhalten und besondere Vorsicht an den Straßeneinmündungen könne jede und jeder zur eigenen Sicherheit beitragen. Wie auch an vielen anderen Stellen sei eine stärkere gegenseitige Rücksichtnahme von hoher Bedeutung. Der große Wunsch der Anliegerinnen und Anlieger sei ein Verbot der Durchfahrt für Lkws – natürlich freigegeben für den Anliegerverkehr.

Die Anlage eines Radfahrerschutzstreifens in der vorgese-

henen Breite von 1,50 Meter würde – durch den laut der Straßenverkehrsordnung einzuhaltenden Sicherheitsabstand zu Radfahrern von mindestens 1,50 Meter – eine Reduzierung der nutzbaren Fahrbahnbreite für den motorisierten Verkehr um rund 2,50 Meter bedeuten. Eine Begegnung von zwei größeren Fahrzeugen sei dann an diversen Stellen nicht gefahrlos möglich. „Wir hätten dann plötzlich nur noch eine absolute Mindestfahrbahnbreite für Begegnungsverkehr, die aber eine geringe Begegnungshäufigkeit für LKW-Verkehr und verminderte Geschwindigkeit voraussetzten würde“, so WG-Fraktionsvorsitzender Frank Podehl.

DH

➔ Bürgerinnen und Bürger, die dazu oder zu anderen Themen Fragen haben, können sich an die WG wenden. Auch wer sich mit dem Gedanken trägt, sich in die Kommunalpolitik einzubringen oder sich auch nur ein Bild von der Arbeit der WG machen möchte, ist eingeladen. Kontakt: Rüdiger Tegtmeier, Tel.: (0162) 107 38 81 oder E-Mail: tegtmeier@wg-nienburg.de.